

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW vom 18. September 2020

Wahlerfolg auf der ganzen Linie Fast 370.000 Menschen mit internationaler Familiengeschichte haben ihren Integrationsrat gewählt

Am 13. September waren in 107 Städten und Gemeinden des Landes die Menschen mit internationaler Familiengeschichte dazu aufgerufen, das Gremium zu wählen, das ihre Interessen in der Stadtpolitik vertritt.

Nach Auszählung der Stimmen haben 367.961 Menschen von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht (Stand 17.09.2020). „Wir konnten im Vergleich zu 2014 über 90.000 Wählerinnen und Wähler mehr für den Integrationsrat an die Urne bringen. Damit ist die Anzahl der Stimmabgaben um 35 Prozentpunkte gestiegen – das ist eine beachtliche Leistung,“ so der Vorsitzende des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek.

Die Vielfalt der gewählten Gremien wird anhand der zahlreichen Herkunftsländer der Kandidatinnen und Kandidaten sichtbar: Frauen und Männer mit internationaler Herkunft aus 117 Ländern kandidierten für die insgesamt 100 Integrationsräte und sieben Integrationsausschüsse in NRW. Landesweit haben sich 1.299 Frauen und 2.096 Männer in über 3.093 Listen am demokratischen Wettbewerb beteiligt oder versucht, als Einzelbewerber einen Sitz zu bekommen. „Mit ihrem Mandat stützen sie unsere Kommunaldemokratie und gestalten proaktiv – auf Augenhöhe mit den Ratsmitgliedern – die Integrationspolitik in ihrer Stadt,“ so Tayfun Keltek.

Nach Berechnungen des Landesintegrationsrates NRW waren ca. 2,8 Mio. Menschen mit internationaler Familiengeschichte wahlberechtigt. Neben Ausländern und EU-Bürgern gehören außerdem Eingebürgerte, Aussiedler und Kinder von Einwanderern zum Kreis der Wahlberechtigten. Schätzungsweise zwei Drittel von ihnen waren auch berechtigt, mit ihrer Stimme an der Zusammensetzung des Stadtrates und an der Wahl des (Ober-)Bürgermeisters oder Landrates und Kreistages mitzuwirken. Die landesweite durchschnittliche Wahlbeteiligung für den Integrationsrat lag bei rund 13%.

Der Landesintegrationsrat NRW wird die genaueren Daten zu Herkunft, Geschlecht, Alter und Beruf der Gewählten erheben und in Kürze veröffentlichen.